

Oh Amerika, du hast viel für uns getan

Tu uns das nicht noch einmal an. Mit Joe Biden kehrt die Hoffnung auf unseren wichtigsten Partner zurück | Von Manfred Lahnstein

In wenigen Tagen wird der Albtraum Donald Trump vorbei sein.

Joe Biden ist der neue Präsident der USA – und steht vor einer Herkulesaufgabe, für die er nur wenig Zeit hat. Er selbst hat sich selbst als „Präsident des Übergangs“ bezeichnet. Am Ende seiner (ersten) Amtszeit im Januar 2025 wird er 82 Jahre alt sein. Die Demokraten werden also wahrscheinlich einen neuen Kandidaten – eine neue Kandidatin aufstellen müssen. Diese dürfte, ja, sollte aus heutiger Sicht die neue Vizepräsidentin Kamala Harris sein. Selbstverständlich wird auch sie sich dann in den *primaries*, den parteiinternen Vorwahlen durchsetzen müssen – ein Prozess, der einen weiten Teil des Jahres 2024 bestimmen wird.

Bereits im November 2022 finden die *midterm elections*, die wichtigen Zwischenwahlen statt, bei denen die Partei, die den Präsidenten stellt, häufig mit Verlusten rechnen muss. In den nächsten Wochen und Monaten müssen erst einmal zahllose Schaltstellen in Washington neu besetzt und so wichtige Institutionen wie das unter Trump und Außenminister Mike Pompeo

bedrohlich verlordeute Außenministerium wiederaufgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich Biden ein gewaltiges Programm vorgenommen. Die grassierende Corona-Pandemie macht die Dinge noch schwerer. Und „Durchregieren“, wie manche Kommentatoren meinen, kann er auch nicht. Im politischen Alltag sind weder der Senat noch das Repräsentantenhaus festgefügte Einheiten und die demokratischen Mehrheiten denkbar knapp. Der linke Flügel der Demokraten wird seine Stimme erheben; der Trumpistenflügel bei den Republikanern macht die republikanische Opposition, gelinde gesagt, unberechenbar. Auch unter Biden und Harris wird es Fehler und Rückschläge geben. Und grundlegende Probleme werden weder in einer Amtszeit noch durch den Präsidenten allein gelöst werden können.

Worauf wir aber hoffen können: Biden und sein Team werden alles daransetzen, dass die amerikanische Politik zu Anstand, Vernunft und Berechenbarkeit zurückkehrt. Und dabei sollten wir dem amerikanischen Präsidenten helfen. Sein Erfolg liegt in unser aller Interesse.

Dazu gehört zunächst einmal, dass wir uns jedes besserwisserische Gehabe verkneifen. Es ist zumindest ärgerlich, dass ausgerechnet der deutsche Regierungssprecher sich bemüht gefühlt hat, die Sperrung des Twitter-Accounts Trumps zu kritisieren. Muss Berlin eigentlich zu allem seinen Senf dazu geben?

Aber auch mit den Spannungen und Spaltungen in ihrer Gesellschaft müssen die Amerikaner alleine fertig werden. Wohlfeile Ratschläge von außen sind nicht nur billig; sie bewirken auch nichts. Sodann sollten wir den Präsidenten aus vollem Herzen darin unterstützen und ermuntern,



PROF. DR. MANFRED LAHNSTEIN

wurde 1980 von Helmut Schmidt zum Chef des Bundeskanzleramts berufen, diente anschließend bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition als Bundesminister der Finanzen.

die USA wieder verlässlich in den internationalen Institutionen zu verankern. Ob es sich um das Pariser Abkommen zum Klimaschutz oder um die Welthandelsorganisation, das Iran-Abkommen oder die Nato, die Weltgesundheitsorganisation WHO oder wichtige Fragen der internationalen Finanzen und Steuern handelt – ein aktives und engagiertes Amerika würde einen enormen Gewinn darstellen.

Es ist nur vernünftig, überall dort der Stimme Europas selbstbewusst Geltung zu verschaffen. Das liegt auch im wohlverstandenen Interesse der USA. Es wäre aber zerstörerisch, wenn dies gegen Amerika geschähe anstatt in transatlantischer Partnerschaft. In geopolitischer Sicht – vor allem im Blick auf China und Russland – sollte die kleiner gewordene Welt der Grundrechte, des Rechtsstaats und der Demokratie enger zusammenrücken. Vielleicht kann neben dem Militärbündnis ja auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) dort einen organisatorischen Ansatzpunkt bieten. Schließlich ist sie einmal aus dem Marshallplan hervorgegangen.

Aber auch die USA eines Joe Biden werden uns in Europa und ganz besonders uns in Deutschland daran erinnern, dass wir ebenfalls unseren Beitrag zu einem umfassenden Interessenausgleich zu leisten haben. Wir sollten uns deshalb darum bemühen, die bestehenden Handelskonflikte zu bereinigen und zu einer fairen Lastenverteilung in der Nato zu kommen. In beiden Punkten gibt es nicht nur in Brüssel, sondern auch in Berlin noch viel zu tun.

Es bleibt zu hoffen und zu fordern, dass die Chancen, die die Präsidentschaft Bidens uns bietet, nicht im kleinhaken Hickhack des aufziehenden Bundestagswahlkampfes verschüttet werden.

Was meine Partei, die SPD, angeht, so kann man vor allen Träumereien vom „Abkoppeln von den Amerikanern“ nur eindringlich warnen. Das verständliche Entsetzen über Trump und seine Truppe darf auf keinen Fall zum „USA-Bashing“ ausarten. Eines habe ich von Willy Brandt und Helmut Schmidt gelernt: Letztendlich sind und bleiben die Vereinigten Staaten Europas wichtigster Freund und Partner.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Seit' an Seit'

Eine neue Freundschaft? Ein neues Bündnis? In einem gemeinsamen Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben Robert Habeck, der Grünen-Co-Vorsitzende, und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann programmatische Positionen zur Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik formuliert. Ein weiteres Menetekel für die SPD, der der DGB-Chef seit langem angehört? Weshalb es nahegelegen hätte, er hätte den Aufsatz zusammen mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz oder auch den Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans verfasst. Er tat es – ausgerechnet – zusammen mit der Konkurrenz, mit Habeck, der ja möglicherweise auch Kanzlerkandidat werden wird. Seitenhiebe gegen die große Koalition und gegen den Finanzminister in Hülle und Fülle: Andere Schlüsse seien aus der Corona-Krise zu ziehen, als es die Koalition tue. Eine „Mär“ sei es, dass sie besonders sparsam gewirtschaftet habe – nur wegen der niedrigen Zinsen erscheine das so. Nötig sei eine Politik, „die nicht nur auf die Corona-Krise reagiert, sondern die Krisenbekämpfung stärker mit dem sozialökologischen Umbau des Landes verbindet“. Die Grünen können zufrieden sein. „Weniger vom Alten, mehr vom Neuen ist die Devise“, formulierten Habeck und Hoffmann als Quintessenz ihre Vorstellungen.

Blicke in die Vergangenheit: Den Kabinetten von Willy Brandt und Helmut Schmidt gehörten für die SPD vormalige Gewerkschaftsvorsitzende an. Verteidigungsminister Georg Leber war Vorsitzender der IG-Bau-Steine-Erden gewesen. Arbeitsminister Walter Arendt hatte der IG Bergbau und Energie vorgestanden. Finanzminister Hans Matthöfer hatte zu den führenden Funktionären der IG Metall gezählt. Die Zeiten änderten sich. Gerhard Schröder zerstritt sich mit dem DGB-Chef Michael Sommer. Auch jetzt gibt es immer neue Anzeichen der Entfremdung. Gewerkschaftsführer waren empört, weil die SPD-Spitze sich nicht für die Interessen der Automobilwirtschaft eingesetzt habe. In Nordrhein-Westfalen protestierte der DGB, weil die oppositionelle SPD-Landtagsfraktion zusammen mit CDU und FDP einen Antrag zu „Chancen der digitalen Arbeitswelt“ verabschiedete und damit den Gewerkschaften in den Rücken gefallen sei. Ab Herbst wird Frank Bsirske, der wortgewaltige Ex-Chef von Verdi, dem Bundestag angehören – als Mitglied der Fraktion der Grünen. Neue Konstellationen werfen ihre Schatten voraus.

Die erste Präsidentschaftswahl, an die ich mich bewusst erinnern kann, fand im Jahr 1976 statt. Zu dieser Zeit hatte ich noch nie etwas von Gerald Ford oder Jimmy Carter gehört. Ford war für mich eine coole Automarke, daher war Ford mein Mann. Er verlor jedoch aufgrund eines nicht wiedergutzumachenden Fehlers: der ziemlich zwielichtigen Begnadigung Richard Nixons. Bei der nächsten Wahl im Jahr 1980 hatte ich noch immer keine klare Haltung zu den Kandidaten oder den Themen. Sowohl mein Vater als auch meine Mutter wählten jedoch den unabhängigen John Anderson. Mein temperamentvoller Großvater, der zu jener Zeit bei uns lebte, war ein begeisterter Anhänger Ronald Reagans. Ich erinnere mich, wie seine Freude über den Sieg Reagans damals auf mich übersprang.

Vier Jahre später begann ich damit, meine eigenen Ansichten gegenüber den Menschen zu entwickeln, die ich beim Fernsehen mit meinen Eltern in den Nachrichten sah. So kam es, dass der natürliche Charme des Hollywoodschauspielers wie Ronald Reagan aufgrund einer berühmten Filmrolle auch genannt wurde, mich als leicht zu beeindruckenden Teenager derart faszinierte, dass ich mich über seine Wiederwahl als Präsident freute. Damit war ich ganz und gar nicht allein, denn Reagan gewann eine heutzutage unvorstellbare Anzahl von 525 der 538 Stimmen der Wähler und ließ seinen Konkurrenten Walter Mondale ziemlich alt aussehen. Dann durfte ich das erste Mal wählen, und ich erlebte meine erste wahrhaft derbe Wahlniederlage, denn ich stimmte im Jahr 1988 für Michael Dukakis, der zwar das liberale Gespür eines aufstrebenden College-Jungen verkörperte, dem jedoch jedwede politischen Instinkte fehlten. Diese wären nötig gewesen, um die gut geölte Maschinerie der Republikaner hinter George H.W. Bush ins Wanken zu bringen. Im Wahljahr 1992 wurden in mir erste Stürme der Begeisterung entfacht, als Bill Clinton mit der unfreiwilligen Unterstützung des parteilosen Kandidaten Ross Perot den Amtsinhaber besiegte. Zum ersten Mal nahm ich wahr, wie höherrangige Regierungsvertreter durchaus authentische, ja sogar inspirierende Auftritte hinlegen konnten. Obwohl sein Glanz bereits leicht verblasst war, schien die Wiederwahl Clintons im Jahr 1996 gegen Bob Dole (und erneut gegen Ross Perot) eine ausgemachte Sache zu sein,

und man war zufrieden, wenn nicht sogar froh. Dies jedoch sollte die letzte „normale“ Wahl meines Lebens sein.

Als ich am 7. November 2000 schlafen ging, hatte Al Gore laut den Prognosen die 25 Stimmen der Wähler in Florida für sich gewinnen können und wurde zum Gewinner der Präsidentschaftswahl gegen George W. Bush erklärt. Als ich dann aber am nächsten Morgen aufwachte, war ich regelrecht schockiert. Noch schlimmer jedoch war die mit hochnotpeinlichen Begründungen getroffene Entscheidung des Supreme Courts, George Bush nach fünfjähriger Auszählung, Neuauszählung und Blockierung von Nachzählungen die Präsidentschaft zuzuerkennen. Das Ergebnis im Jahr 2004, Bushs Wiederwahl gegen John Kerry, war zwar nicht ganz so knapp wie im Jahr 2000, dafür umso enttäuschender. Der Mangel an Ablehnung gegenüber der kriegstreiberischen und vom Krieg profitierenden Politik der Bush-Regierung und ein Wahlkampf, der durch die Verleumdung des Kriegshelden Kerry den Kriegs-

schwindler begünstigt hatte, lähmte mich derart, dass ich am gesamten darauffolgenden Tag paralytisch im Bett liegen blieb. Ich tröstete mich schließlich mit der Erkenntnis, dass das US-amerikanische politische Establishment nicht noch tiefer sinken und der internationale Ruf der Vereinigten Staaten niemals diesen während der Bush-Regierung entstandenen Tiefstand unterschreiten könnte. Dann kam Barack Obama und rüttelte mich, den abgestumpften Politikjunkie, auf, er begeisterte mich und besiegte im Jahr 2008 mit überwältigender Mehrheit den beliebten, moderaten Republikaner John McCain.



JONATHAN LUTES

Der amerikanische Journalist ist Redakteur der englischsprachigen Zeitungen *The German Times* und *The Security Times*.

Fear Jahre

My fellow Americans, our long national nightmare is over – eine persönliche Bilanz des US-Autors Jonathan Lutes



Broken-Windows-Theorie: Blick aus dem Kapitol in Washington nach dem Angriff von Trumps *white supremacy* Fraktion

Dass meine damalige Naivität in der heutigen Zeit ziemlich niedrig erscheint, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. So gar noch vor Trumps Amtseinführung und weit vor der Zeit, da sich die Vereinigten Staaten immer weiter isoliert und von ihren nächsten Verbündeten entfremdet und stillschweigend einige der am wenigsten demokratischen Regimes weltweit geduldet haben, wurde deutlich, dass der schlimmste Präsident der jüngsten amerikanischen Geschichte nicht länger Bush junior hieß.

Das Narrativ war schnell geschrieben, und es wurde weithin akzeptiert, dass die vergessenen weißen Wähler der Arbeiterklasse aus dem sogenannten Rust Belt – insbesondere aus Pennsylvania, Michigan und Wisconsin, die drei Staaten, die Trump mit sehr knappen Ergebnissen gewonnen hatte – für die Wahl des Reality-TV-Stars ausschlaggebend waren. Dass Hillary Clinton beispielsweise keine einzige Wahlkampfveranstaltung in Wisconsin abhielt, war in der Tat ein unbestreitbarer Fehler. Ihre Niederlage war jedoch das Ergebnis einer Reihe von Faktoren, einschließlich der Fehlbehandlung einer FBI-Untersuchung von Clintons privatem E-Mail-Server, zwei überaus unpopulären Kandidaten und dem allgemeinen weltweit aufkommenden Trend, sich gegen die Elite zu stellen, zu der Clinton offenbar zählte – und Trump komischerweise nicht.

All diese tatsächlichen und möglichen Erklärungsversuche aber waren zu schmerzhaft für mich, als dass ich sie am Morgen meiner Verzweiflung, von denen es bis zur nächsten Wahl am 3. November 2020 noch mindestens 1455 geben sollte, durchdenken wollte.

Wenn die Regierung in den USA wechselt und einer konservativen Regierung eine progressive folgt, und umgekehrt, gibt es kaum politische Amtsträger, die eine Brücke zwischen beiden Regierungen bilden könnten. (In einem größeren Ausmaß als etwa in Deutschland werden höherrangige Verwaltungsbeamte entlassen.) In der Tat

scheint das binäre System der USA so konzipiert zu sein, dass es Spaltungen willentlich hervorbringen möchte. Eine Partei ist so lange an der Macht, bis genug Wechselwähler der Regierung überdrüssig werden oder allzu desillusioniert sind und dann für die gegnerische Partei stimmen. Und dann schwingt das Pendel zurück. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des Kalten Kriegs war diese Dynamik aufgrund der relativ geringen politischen Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern nicht ganz so dramatisch.

Mit zunehmender Polarisierung in den letzten Jahrzehnten (siehe die willkürliche Einteilung der Wahlkreise und die Echokammern der unterschiedlichen medialen Lager) wurden die Wechselwähler allerdings auch zunehmend radikal: Den Neoliberalen aus Bill Clintons Mitte-links-Regierung folgten reaktionäre neokonservative Rechte, gefolgt von einer kulturell weit linken Regierung Barack Obamas und dann letztendlich der neonationalistischen Regierung Donald Trumps.

Obwohl mein Verständnis von den starken Schwankungen von amerikanischer Wahlentscheidungen mich tröstete und den Ausblick gab, dass auch diese Regierung bald wieder abgelöst werden würde, war die Aussicht, vier – oder acht! – Jahre mit dem geistlosen Narziss und vulgären Extremisten verbringen zu müssen, nahezu unerträglich.

Aber dann geschah etwas Unerwartetes – und ich meine damit nicht den Angriff auf das Kapitol oder den zweiten Versuch einer Amtsenthebung durch das Repräsentantenhaus, die in gewisser Weise den logischen Abschluss der Ära Trump bilden würde.

Dieses Geschehnis war Joe Biden selbst: nicht eine polarisierende Gestalt, nicht ein Donald Trump der Linken. Die Trump-Müdigkeit, Trump-Inkompetenz und Covid-19 verbündeten sich und führten zur Nominierung des unauffälligsten Kandidaten der Demokraten weit und breit und dazu, dass dieser mit sieben Millionen Wählerstimmen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Obwohl vielleicht nur einige der Wähler Biden wirklich aus Überzeugung gewählt haben, so hat seine Wahl doch die gezackte Kurve eines unerträglichen Zyklus der vergangenen 30 Jahre durchbrochen. Es besteht Hoffnung – *the center holds*.

Aus dem amerikanischen Englisch von Nicoline Brodehl.